

1:12-Initiative – Für Olivier Mark, den Westschweizer Unternehmer und Präsidenten von Jardin Suisse, ist das linke Umverteilungs-Volksbegehren absolut inakzeptabel.

Ein tödliches Gift für die KMU



Jardin-Suisse-Zentralpräsident Olivier Mark: «Die KMU-Patrons sind keine Abzocker.»

99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen sind KMU, die zwei Drittel aller Arbeitsplätze und 70 Prozent aller Lehrstellen anbieten. Die KMU gehören zum unaufgeregten Alltag, in welchem es keinen Platz für Abzocke gibt. Linke Kreise möchten nun den «Minder-Effekt» benützen, um Massnahmen durchzusetzen, die gegen Exzesse kaum wirksam sind, dafür aber den KMU Nachteile bringen. Mit der 1:12-Initiative, der Mindestlohn- sowie der Erbschaftssteuer-Initiative wird ein umfassender Angriff gegen das Erfolgsmodell Schweiz geführt. Als erstes kommt das von den Jungsozialisten lancierte Volksbegehren «1:12 – Für gerechte Löhne» an die Urne. Es verlangt, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat.

Noch mehr Bürokratie

Die Eidgenossen wissen es ganz genau: Die KMU-Patrons sind keine Abzocker. In der Regel sind sie es, die am Morgen im Betrieb das Licht anmachen und am Abend wieder löschen. Und es kommt kaum vor, dass die obersten Saläre in einem gewerblichen Betrieb das Zwölfwache des niedrigsten Entgelts betragen. Warum sollten sie die KMU gegen eine Initiative sein, die sie also nichts angeht? Die Antwort liegt auf der Hand: Die KMU sind sehr wohl tangiert, ihnen drohen diverse Gefahren.

Die 1:12-Initiative bringt allen Unternehmen eine staatliche Lohnkontrolle, die mit grossem bürokratischem Aufwand und hohen Kosten verbunden ist. Die grösseren Firmen können den durch die neue Regulierung verursachten Mehraufwand eher verkraften als die KMU. Diese falsch konzipierte Initiative würde nur die administrativen Lasten erhöhen und damit die Wettbewerbsfähigkeiten unserer Betriebe vermindern und somit Arbeitsplätze gefährden. Sie würde dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft in der globalisierten Arbeitswelt nicht mehr mit gleich langen Spiessen kämpfen könnte. Dieser Nachteil würde sich unweigerlich negativ auf die heutige Vollbeschäftigung, unseren Wohlstand, soziale Stabilität sowie die tiefe Jugendarbeitslosigkeit auswirken. Der Blick nach Frankreich mit seiner hohen Arbeitslosigkeit, mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und hohen Schulden zeigt, dass die Schweiz und mit ihr die KMU-Wirtschaft überhaupt kein Interesse an einem überregulierten und verkrusteten Arbeitsmarkt haben kann.

Strafe für die «Kleinen»

Ein letztes Argument gegen die Initiative ist die Besteuerung. Hohe Einkommen, die vorab bei grossen multinationalen Firmen gezahlt werden, machen einen höheren Teil des Steueraufkommens aus als die weit tieferen, in den KMU üblichen Bezahlungen. Würden die hohen Saläre wegfallen, müssten die übrigen kleinen Steuerzahler für die Differenz aufkommen. Die Rechnung wäre gesalzen, die «Bestrafung» der einen würde die anderen noch mehr belasten ...

Nicht vergessen sollte man auch die Tatsache, dass Leute mit hohen Einkommen ihr Geld nicht einfach auf die hohe Kante legen, sondern konsumieren, Waren und Dienstleistungen – vorab in KMU – erstehen. Es lohnt sich daher, vor dem Ausfüllen der Stimmzettel genau hinzuschauen, wer unsere Kunden sind.

Die 1:12-Initiative muss ohne Wenn und Aber versenkt werden. Bei einer Annahme würden die Sozialpartner ihre Rechte weitgehend an Staat abgeben, und unsere Betriebe würden ihre Vorteile im globalen an den Standort-Wettbewerb einbüssen. Wer sich für starke, gesunde KMU und für Vollbeschäftigung einsetzt, der muss NEIN zu diesem Volksbegehren sagen.

Olivier Mark